



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Nordschleswigs Protestpartei.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

der Krone wird überstrahlt von der Bewunderung und Liebe für den Kronprinzen Friedrich Wilhelm, den Helden und Herzengewinner, den strahlenden deutschen Helden, der in den Schlachten wie auf den Gebieten der Künste und des Friedens gleich bewährt war, und die zukünftigen Geschlechter, denen die Liebe des Mitleides für den Kaiser Friedrich versagt war, werden „unsern Feind“ und seinen Thaten in liebevollem Gedächtnis bewahren.



## Nordschleswigs Protestpartei.



edermann, der mit der Politik ein wenig vertraut ist, weiß von den Oppositionsparteien der Polen und der Elässer zu reden und kennt das Ziel dieser Parteien. Beide verfügen über eine verhältnismäßig bedeutende Zahl von Stimmen im Reichstage, die es nie versäumen, im Interesse ihrer Partei das Wort zu ergreifen. Eine verhältnismäßig bedeutende Presse unterstützt die Wortführer nach besten Kräften. Daß wir aber auch in Nordschleswig eine solche Protestpartei besitzen, wird gar zu leicht vergessen. Sie verfügt freilich nur über einen Sitz im Reichstage, nur etwa 150 000 Seelen stehen hinter dem einsamen Reichsboten, und die nordschleswigschen Preßprodukte dringen nicht in das deutsche Publikum.

Was unsre Protestpartei erstrebt, ist natürlich die Zurückgabe Nordschleswigs an Dänemark. Sie geht auf den Wiener Frieden des Jahres 1864 zurück. In den ersten Jahren war sie kühner, da forderte sie die Zurückgabe von ganz Schleswig bis an die Eider, indem sie vorgab, dieses sei ursprünglich und von Alters her nur ein Anhang des Königreichs Dänemark gewesen. Ein treues geschichtliches Gedächtnis pflegt nie Sache einer Protestpartei zu sein, auch die unsrige kann sich dessen nicht rühmen. Sie würde sonst wissen, daß seit dem Bordingborger Vertrage vom Jahre 1435 Schleswig zu Holstein gehört, und daß der Dänenkönig Christian I., als er 1460 zum Herzog von Schleswig-Holstein gewählt wurde, feierlich für sich und seine Nachfolger beschwor, Schleswig und Holstein sollten für ewige Zeiten ungeteilt zusammenbleiben. Von einer Zugehörigkeit Schleswigs zu Dänemark kann also keine Rede mehr sein. Aber die dänischen Protestler sind gemäßigter geworden. Sie wissen sehr gut, daß in der größern südlichen Hälfte Schleswigs, südlich von der Linie Flensburg-Tondern, eigentlich kein Mensch Neigung verspürt, dänisch zu werden. Sie müssen sogar einräumen, daß im Norden der genannten Linie das Deutsch-

tum Fortschritte macht. Aber eben dieser Norden, so sagen sie, ist von einem Volke dänischer Abstammung mit dänischer Sprache bewohnt, dieser Landstrich muß also wieder dänisch werden. Die Herren Protestler befinden sich auch da im Irrtum. Die Bewohner Nordschleswigs sind ursprünglich nicht Dänen gewesen, sondern Süten, und die Süten waren nicht, wie die Dänen, skandinavischen, sondern, wie die Angeln und Friesen, germanischen und zwar sächsischen Stammes. Im Laufe der Zeiten sind sie freilich so stark danisiert worden, daß auch ihre Sprache fast zu einer dänischen Mundart geworden ist. Der Volksmund nennt sie auch plattdänisch. Aber ein Sprachkundiger findet noch Anhalt genug, woraus er erkennt, was sie ehemals gewesen ist. Es ist auch Thatsache, daß die Dänen bis 1848 von der nordschleswigschen Mundart nur verächtlich redeten. Seitdem ist ihre Meinung in das Gegenteil umgeschlagen. Aber selbst wenn Nordschleswig von Dänen bevölkert wäre, läge noch von dänischer Seite kein Grund vor, die Zurückgabe des Landstriches zu fordern. Das Schleswig, das mit Holstein ungeteilt zusammenbleiben muß, geht von der Eider bis zur Königsau, umfaßt also Nordschleswig mit. Als aber Preußen und Oesterreich im Jahre 1866 mit einander Frieden schlossen, bestimmte der § 5 des Friedensvertrages, daß Nordschleswig wieder an Dänemark fallen solle, wenn die Bevölkerung diesen Wunsch in freier Abstimmung zu erkennen gebe. Wäre diese Abstimmung vorgenommen worden, so wäre jetzt ohne Zweifel Nordschleswig dänisch. Aber die Sache zog sich in die Länge, und im Jahre 1878 wurde zwischen dem König von Preußen und dem Kaiser von Oesterreich die einfache Streichung des § 5 verabredet. Bis dahin hatte die Protestpartei in Nordschleswig Berechtigung, und die Bekämpfung des Deutschtums in jenen Gegenden hatte einen Sinn. Heute ist die Sache sinnlos; Nordschleswig ist deutsch, wird voraussichtlich auch deutsch bleiben, und weder die dänische Agitation noch die im dänischen Sinne geleitete Presse wird daran etwas ändern.

Trotzdem wird die Agitation nicht müde, und die in Nordschleswig erscheinende Protestpresse behandelt nicht nur Dänemark als das Vaterland, Deutschland als Ausland, sondern als das Land, von dem alles Böse kommt. Bis vor kurzem fand Nordschleswigs Protestpartei in Dänemark eine weitgehende Unterstützung. Daß Geldunterstützungen vorgekommen sind, will man in einigen Kreisen wissen, doch fällt uns nicht ein, diese Behauptung für Wahrheit auszugeben, noch weniger, uns dafür zu verbürgen; uns ist von einer solchen Art der Unterstützung nichts bekannt. Wohl aber lieh ein bedeutender Teil der dänischen Presse, liehen manche dänische Redner und Schriftsteller der dänischen Partei in Nordschleswig ihre moralische Unterstützung. Man konnte gut genug merken, daß einflußreiche dänische Kreise noch immer der Hoffnung lebten, Nordschleswig werde noch einmal wieder mit Dänemark vereinigt werden. Auch fanden nordschleswigsche Beamte und sonstige Personen, die sich durch dänische Umtriebe in ihrer Heimat unmöglich gemacht hatten, in Dänemark

willige Aufnahme und Anstellung und wurden nicht selten den Landeskindern vorgezogen. In jüngster Zeit scheint man jenseits der Königsau diesen Herren Märtyrern weniger Sympathie entgegenzubringen. Auch beginnt man in weiteren Kreisen des Königreichs zu erkennen, daß Dänemarks Heil für die Zukunft in dem Anschluß an Deutschland liegt, daß man also, wie sauer es auch sein mag, die Ereignisse und die Folgen des Jahres 1864 vergessen muß. Noch ist diese Stimmung in Dänemark nicht die allgemeine, aber es ist doch ein Zeichen der Zeit, daß man den revanchebedürftigen Franzosen, die allen denen Honig um den Mund schmieren, von denen sie sich für den Fall eines Krieges mit Deutschland Hilfe holen könnten, von dänischer Seite eine derbe Zurückweisung zukommen ließ. So fängt der Däne im Königreich an, dem nordschleswigschen Protestler seine Unterstützung zu entziehen. Die erste Liebe erkaltet, oder besser, die Trennungswunde beginnt unter dem Drucke der eisernen Notwendigkeit zu vernarben. Und wenn auch noch viel daran fehlt, daß Dänemark den Verlust Schleswig-Holsteins vergessen hätte, es wird vergessen, weil es vergessen muß. Je länger, desto weniger wird Nordschleswigs Protestlertum Unterstützung aus dem Königreiche empfangen. Damit aber entzieht man ihm einen Grundpfeiler seines Bestehens.

Noch schlimmer aber ist für das Fortbestehen der Partei, daß sie in ihrer eigentlichen Heimat, in Nordschleswig, nicht mehr so willige Anhänger findet, als ehemals. Selbst der für die Sache des Protestlertums in Dänemark thätige Geistliche Mørk Hansen mußte vor kurzem im Dagbladet bekennen, daß die Sache des Dänentums in Nordschleswig im Rückschritt begriffen sei. Angeln, so sagt er, ist schon als verloren zu betrachten, und selbst im Norden der Flensburger Förhde mache das Deutschtum, namentlich in den Städten, starke Fortschritte. Er schreibt die ihm unangenehme Thatsache auf Rechnung der eingewanderten deutschen Beamten und der Einführung des Deutschen als Unterrichtssprache zu. Einen Umstand aber, und zwar den wichtigsten, vergißt er, weniger aus Unkenntnis, als weil er ihm unbequem ist, den Umstand, daß der Nordschleswiger der unfruchtbaren Opposition müde wird und anfängt, sich in die nun einmal bestehende Ordnung der Dinge zu fügen. Man wolle mich nicht mißverstehen. Es giebt in unsrer Nordmark noch Leute genug, deren Gesinnung fanatisch dänisch ist, aber es giebt auch solche, die sich die Sache überlegt haben und aus dem dänischen ins deutsche Lager übergegangen sind, nicht aus Charakterlosigkeit oder politischer Gleichgiltigkeit, sondern weil eine vernünftige Überlegung ihnen gesagt hat, daß das für ihr eignes Wohl und für das Wohl ihrer Heimat am erspriesslichsten sei. Nur der politische Hochmut hält es für unmöglich, seine Anschauungen über eine Sache zu ändern. Bei reiflicher Überlegung erscheint manche Sache in anderm Lichte, als beim ersten Anblick.

Im Grunde kann man es dem Nordschleswiger nicht verdenken, wenn ihm das Deutschwerden, insbesondre das Preußischwerden, anfangs nicht gefiel,

es ging manchem gut deutsch gesinnten Schleswig-Holsteiner zuerst nicht anders. Das straffe preußische Wesen, die allgemeine Wehrpflicht und dergleichen Dinge wurden als etwas Drückendes empfunden. Dazu waren die Nordschleswiger in den Jahren 1852 bis 1864 von den Dänen etwas verwöhnt worden, während die deutschgesinnten Südschleswiger unter einem Drucke standen, der je länger desto härter auf ihnen lastete. Den Südschleswigern sollten die Nordschleswiger ein Spiegel sein, in dem sie sehen konnten, wie gut sie es haben könnten, wenn sie nur ihr Deutschtum fahren ließen und Dänen werden wollten. Aber wie die übrigen Schleswig-Holsteiner sich in die preußische Art gefunden haben und nun die strenge Rechtlichkeit des Beamtentums, die Gleichheit aller vor dem Gesetz als Wohlthaten empfinden, so werden auch die Nordschleswiger sich drein finden und sie lieb gewinnen, wenn sie es erst einmal über ihr Herz gebracht haben, einen Versuch zu wagen.

Worüber beklagen sich eigentlich die Herren Protestler? Nun, es giebt mancherlei, was freilich bei Lichte besehen in nichts zusammenfällt. Daß man den Agitatoren in und außerhalb der Presse ein wenig auf die Finger sieht und daß die Herrn mehr, als ihnen lieb ist, mit den Gerichten zu thun haben, ist doch lediglich ihre eigne Schuld. Welcher Hausherr wird es dulden, daß innerhalb seiner vier Pfähle jemand sein Ansehen untergräbt? Wir glauben überhaupt, die Bevölkerung Nordschleswigs würde sich weit leichter in ihr Schicksal finden, wenn den Herren Agitatoren kräftiger das Handwerk gelegt würde. Daß unsre Regierung häufig ausgewanderte Nordschleswiger oder nach Nordschleswig auf Besuch kommende Dänen in ihre Heimat abschickt, wird niemand wundern, der weiß, daß diese harmlosen Besuche sich manchmal recht flegelhaft aufführen und es an lärmenden Kundgebungen gegen Deutschland nicht fehlen lassen. Auch sind manche der Herren ausgerückt, um nicht in Deutschland Soldat werden zu müssen. Was wunder, wenn man mit solchen ungetreuen Landeskindern kurzen Prozeß macht. Am meisten beschwert man sich über die deutsche Gerichts-, Kirchen- und Schulsprache. Was die Gerichtssprache anlangt, so war sie für den größten Teil Nordschleswigs bis 1840 deutsch. Erst in diesem Jahre ordnete ein königlich dänisches Reskript an, fortan solle da, wo die Kirchen- und Schulsprache dänisch sei, auch die dänische Gerichtssprache eingeführt werden. Was aber die von den Herren Protestlern besonders angefeindete Kirchen- und Schulsprache betrifft, so kann kein Mensch unsrer Regierung den Vorwurf zu großer Strenge machen. Die Sache liegt vielmehr so, daß alljährlich eine nicht geringe Anzahl von Schulgemeinden um Einführung deutscher Kirchen- und Schulsprache bei der königlichen Regierung in Schleswig nachsucht. Die Regierung läßt dann von Fall zu Fall eine Untersuchung eintreten und hat nicht selten Gesuche abschlägig beschieden oder wenigstens das Fortbestehen des dänischen Religionsunterrichts angeordnet, auch wenn man ihn in deutscher Sprache zu haben wünschte. Daß der im deutschen Sinne und in deutscher Sprache erteilte

Schulunterricht ein mächtiges Beförderungsmittel des Deutschtums ist, weiß man im deutschen und im dänischen Lager gleich gut. Vor kurzem äußerte sich Landrat Schreiber in Hadersleben auf einer Lehrerversammlung in diesem Sinne. Dennoch kann man der Regierung nicht den Vorwurf machen, daß sie die Germanisirung der Schulen mit zu regem Eifer betreibe. Sie richtet sich lediglich nach dem Bedürfnis und berücksichtigt möglichst die Wünsche der Schulgemeinde. Man will nun zwar im dänischen Lager behaupten, dergleichen Wünsche gingen gar nicht von der Mehrzahl, sondern von einer Minderzahl Deutschgesinnter oder von anderweitig gewonnenen aus. Wir wüßten nicht, daß das jemals vorgekommen wäre, und müssen, bis schlagende Beweise dafür beigebracht werden, die Sache der Petenten gegen dergleichen Verleumdungen in Schutz nehmen. Und selbst wenn es einmal geschehen wäre, dürfte man den einen Fall nicht auf alle anwenden. Auf einmütigen Wunsch aller Mitglieder einer Schulgemeinde geht eine solche Petition ja nie ab, verbohrt Querköpfe giebt es überall. Im allgemeinen aber wünscht der Nordschleswiger, daß seine Kinder in der Schule Deutsch lernen sollen, wenn er selber auch dänisch gesinnt ist. Er ist klug genug, einzusehen, daß seine Kinder später mit dem Deutschen weiter kommen, als mit dem Dänischen. Wenn sich aber unsre Protestler im allgemeinen über die Strenge beklagen, mit der sie von deutscher Seite behandelt werden, so liegt die Schuld an ihnen selbst. Wahrlich, lange genug hat man mit Milde ihren Wühlereien zugesehen, immer in der Hoffnung, sie dadurch zu gewinnen. Aber sie haben das Wohlwollen als Schwäche gedeutet und daraus eine Berechtigung ihrer Opposition hergeleitet. Da ist man zu strengern Maßregeln übergegangen, und die Herren Protestler ernten einfach die Früchte ihrer eignen Aussaat.

Es ist übrigens mit der Strenge hier nicht so schlimm, wenn man bedenkt, wie die Dänen 1852 bis 1864 in Südschleswig gegen die Deutschen vorgegangen sind. Und doch war die deutsche Opposition damals in ihrem Rechte, weil thatsächlich nach dem Tode Friedrichs VII. nach Staatsrecht Schleswig-Holstein von Dänemark loskommen mußte. Thatsächlich hatte die deutsche Partei damals ein verbrieftes Recht für sich, während die heutige dänische Partei nur den Wunsch, dänisch zu werden, für sich hat. Aber wie gingen die Dänen mit den verbrieften Rechten um? Nach der Wahlkapitulation vom Jahre 1460, die man nicht mit Unrecht das schleswig-holsteinische Staatsgrundgesetz genannt hat, sollten Schleswig und Holstein für ewige Zeiten beisammen bleiben — Dänemark hat über ein Vierteljahrhundert unablässig auf die Trennung Schleswigs von Holstein und die Einverleibung Schleswigs in Dänemark hingearbeitet. Zu Beamten in Schleswig-Holstein sollten nur Landesfinder genommen werden — die dänische Regierung hat beharrlich die besten Stellen mit Dänen besetzt, manchmal unfähigen Subjekten von schlechtem Rufe und zweifelhafter Vergangenheit, eine Ungerechtigkeit, unter der namentlich Schleswig hat

leiden müssen. Die nächstberechtigten Landeskinder mußten mit minder guten Stellen in Dänemark vorlieb nehmen, wenn man es nicht vorzog, sie wegen deutscher Gesinnung abzusetzen oder stellenlos zu lassen. Dieser Umstand wurde seinerzeit auch von den Nordschleswigern als arger Mißbrauch verschrieen. Heute scheinen die Herren Protestler für dergleichen Dinge kein Verständnis mehr zu haben, sie scheinen sie vollständig vergessen zu haben. Ferner bestimmt das Staatsgrundgesetz, es solle in den Herzogtümern keine andre Münze gelten, als die in Hamburg und Lübeck gäng und gäbe sei. Trotzdem haben die Dänen daneben dänisches Geld eingeführt. Endlich bestimmte der Vertrag Dänemarks mit Preußen und Österreich vom Jahre 1851, daß im Herzogtum Schleswig die dänische und die deutsche Sprache gleichberechtigt sein sollten. Aber die Dänen hatten nichts eiligeres zu thun, als in Mittelschleswig dänische Kirchen- und Schulsprache einzuführen, in Gegenden, wo man dergleichen niemals gehabt hatte und wo teilweise das Dänische nicht einmal verstanden wurde. Wie Herr Mörk Hansen unter solchen Umständen die Vergewaltigung Schleswigs in den Jahren 1852 bis 1864 für die grundlose Erfindung einer verlogenen Presse erklären kann, begreifen wir nicht. Wir wissen besser, wie es gewesen ist.

Wenn nun auch unzweifelhaft Deutschland die Nordschleswiger besser behandelt als einst Dänemark die Südschleswiger, so schreien doch die Protestler Zeter und Mord über angeblich erlittene Vergewaltigung durch die Deutschen, und dieses von den Agitatoren erhobene Geschrei findet seinen Wiederhall im Volke. Noch immer sind viele, die eine Rückkehr nach Dänemark für eine erwünschte Sache halten. Ob sie freilich, wenn sie heute wirklich dänisch würden, dies noch nach einigen Wochen für ein Glück halten würden, ist sehr fraglich. Denn eine unerquicklichere politische Lage als in Dänemark ist kaum denkbar. Augenblicklich schlummern freilich die Parteistreitigkeiten, aber jeden Augenblick können sie geweckt werden und im blutigen Kampfe ihren Ausgleich suchen. Vielleicht gäbe es kein gründlicheres Mittel, unsre Nordschleswiger von ihrer Dänenliebe zu heilen, als sie einmal mitten im erregten Parteistreite auf ein Vierteljahr dänisch werden zu lassen, nur auf Probe. Da sich dieses Mittel in der Praxis nicht durchführen läßt, muß man den Herren Protestlern mit andern Mitteln zu Leibe gehen. Und da giebt es nach unsrer festen Überzeugung kein besseres, als die Hauptschreier zum Schweigen zu bringen. Güte fruchtet nichts, also muß mans mit Gewalt versuchen. Sind erst die Aufseher zur Ruhe gebracht, so wird die Opposition gegen das Deutschtum bald im Sande verlaufen. Im Grunde ist unsre Bevölkerung gar nicht so protestlerisch gesinnt, nur die fortgesetzte Agitation bringt sie zu dem Glauben, der Anschluß an Dänemark sei für Nordschleswig ein Glück und eine Notwendigkeit.